

Reinhard Riese

Bewegte Zeiten. Das Bunsen-Gymnasium 1968–1975

Die Ära Schwarz geht zu Ende

„Vor 15 Jahren war das Bunsen-Gymnasium noch ein mehr geschlossenes Gebilde als heute. Das Wort ‚geschlossen‘ trug damals noch einen positiven Akzent. Es bedeutete Einheit der Teile von einer Mitte her, die nicht nur gegeben, sondern auch aufzubauen war. Es bedeutete weiter Zugehörigkeit zu einem in seinem Grund nicht bezweifelten gemeinschaftlichen Unternehmen, ja, es bedeutete auch Loyalität, nicht nur der beamteten Lehrer, sondern auch der meisten Schüler.“¹

In seinen „Reflexionen“ nach dem freiwilligen Rückzug vom Amt des Schulleiters beließ es Josef Schwarz (geb. 1914; Schulleiter 1. August 1956 bis 31. Juli 1970) aber nicht bei diesem eher verklärenden Rückblick. Er analysierte auch die Veränderungen des Schullebens seit Mitte der 1960er Jahre: „Schule in Verschiedenheit“, „Schule in Offenheit“, „Schule in Bewegung“ – Entwicklungen, in denen er eine Chance für die Zukunft sah.

Schwarz, ein hochgebildeter Mensch, ein Mann der leisen Töne, des Zuhörens und des Gesprächs, hatte 1966/67 ein Schuljahr an einer amerikanischen High School verbracht. Dieser Studienaufenthalt verschaffte ihm die nötige Distanz, um die Reformbedürftigkeit des deutschen Schulsystems zu erkennen. Er brachte Ideen mit, wie die institutionelle Erstarrung des Gymnasiums aufgebrochen und der weit verbreiteten Schulverdrossenheit begegnet werden könnte: vor allem durch eine erweiterte Mitwirkung der Schüler an der Gestaltung des Schullebens sowie durch die Einführung des Kurssystems in der Oberstufe, das den Schülern eine größere Freiheit bei der Fächerwahl bieten sollte. Diese Vorschläge, die spätere Reformen vorweggenommen hätten, fanden Unterstützung im Lehrer-Kollegium und bei den Schülern, die an der Ausarbeitung der Stundentafeln mitwirkten. Die (meist älteren) Fachabteilungsleiter zeigten allerdings wenig Bereitschaft, Curricula für den Oberstufenunterricht zu entwickeln. Auch in der Öffentlichkeit setzte sich Schwarz entschieden für eine Reform des Gymnasiums ein; in einer Versammlung mit den Heidelberger Landtagskandidaten – darunter Kultusminister Wilhelm Hahn (1909–1996; Kultusminister 1964–1978) – äußerte sich Schwarz, überzeugter Katholik und wohl auch CDU-Wähler, in ungewohnter Klarheit:

„Am deutlichsten sprach Oberstudiendirektor Schwarz vom Bunsen-Gymnasium die ‚sich ansammelnde Enttäuschung‘ aus. Der ‚Sprengstoff‘ – nicht unähnlich bei den Schülern – müsse sich, ‚irgendwie mal Luft machen‘, erklärte Direktor Schwarz. Die brennenden Probleme der Schulen würden offenbar oben nur als ‚abstrakte Fragen‘ angenommen. Doch: ‚Die Schwierigkeiten sind viel größer, als man abstrakt wissen kann.‘ An den Kandidaten der CDU gewandt, erklärte Schwarz, in der Verwaltungszeit von Kultusminister Hahn sei keine einzige Maßnahme realisiert worden, durch die den Schulen ‚mehr Freiheit‘ zugestanden worden wäre.“²

Damit schloss sich Schwarz den Bestrebungen an, die in den 1960er Jahren auf die überfällige Reform des Gymnasiums – seiner Struktur und der Bildungsinhalte –

drangen.³ Das konservativ geführte baden-württembergische Kultusministerium und das Oberschulamt Karlsruhe hatten aber keinerlei Interesse an einem weiteren Schulversuch und speisten das Bunsen-Gymnasium mit unbedeutenden Zugeständnissen ab – einem von Lehrern und Schülern paritätisch besetzten „Gemeinsamen Ausschuss“ ohne wirkliche Kompetenzen. Nach einem hoffnungsvollen Beginn erwies sich dieses Gremium bald als handlungsunfähig. Denn ein Teil der Schülervertreter, die der kurz zuvor gebildeten Basisgruppe Bunsen nahestanden, forderten öffentliche Sitzungen und beanspruchten für sich ein imperatives Mandat, das ihnen von ihren Wählern auferlegt worden sei. Die Lehrer dagegen meinten, dass der Ausschuss gegenüber der Blockadepolitik der Kultusverwaltung einstimmige Beschlüsse fassen müsse. Gerhard Friedrich, selbst Mitglied des „Gemeinsamen Ausschusses“, resümiert:

„Der von OstD Schwarz mit enormem Aufwand an Arbeitskraft, Reformgläubigkeit und Idealismus eingeleitete Versuch, der Schule eine neue Gestalt zu geben, war an der Intransigenz der Basisgruppe, der taktischen Unerfahrenheit der Mehrheit der Schüler wie der Lehrer und der Unbeweglichkeit der Kultusverwaltung gescheitert.“⁴

Doch eine wichtige Innovationsidee konnte Schwarz 1969/70 in die Tat umsetzen: den bilingualen Französisch-Zug, der im Geist des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages geschaffen wurde und zu einem Alleinstellungsmerkmal des Bunsen-Gymnasiums in der Region wurde.

Schulleiter Jendreiek mit neuen Reformideen

Nach dem Interregnum einer kommissarischen Schulleitung wurde am 20. April 1971 Dr. Helmut Jendreiek (1928–2006) als Direktor des Bunsen-Gymnasiums eingeführt – ein Generationenwechsel war vollzogen. Das Foto von seinem Amtsantritt vermittelt einen Eindruck der unterschiedlichen Charaktere des scheidenden und des neuen Schulleiters. Jendreiek galt zunächst als eher reformerisch und tendenziell „links“. Dynamisch, willensstark und selbstbewusst wird er bis 1991 das Gesicht der Schule nach innen und außen prägen – solange wie kein anderer Bunsen-Direktor. Er trat mit dem Anspruch an, eine neue Ära an der Schule zu beginnen. Aus dem Pressebericht über seine Amtseinführung:

„Er gab zu, daß die Schule in einer fundamentalen Krise stecke, daß es aber eine große Chance sei, den Veränderungsprozeß aktiv mitzugestalten. ‚Es gibt kein Zurück mehr zur Schule von gestern‘, bemerkte der Oberstudiendirektor. Die Schule sei der Ort der Zukunft. Hier werde wesentlich entschieden, ob die Zukunft verloren oder gewonnen wird. Lernbereit und lernwillig müßten die Lehrer ihren Schülern vorangehen. Als Pflicht, unter die er den Lehrer gestellt sieht, definierte Jendreiek die Verantwortung vor der Gesellschaft und der Zukunft. Die mitverantwortliche Kooperation – auch und gerade mit den Schülern – nannte Jendreiek die prinzipielle demokratische Pflicht der Schule. Doch bedürfe es auch von Seiten der Schüler des Willens zur Demokratie.“⁵

In den ersten Amtsjahren verfolgte der neue Schulleiter eine dreifache Strategie: Er bemühte sich, das Kollegium, in dem immer noch die konservativen Kräfte dominierten, für seine Pläne zu gewinnen, den Schülern einen sachlichen Dialog und Projekte politischer Information über den Unterricht hinaus anzubieten und schließlich die Agitation der Basisgruppe Bunsen einzudämmen, ohne den Gesprächsfaden



Amtseinführung von Helmut Jendreiek (Mitte) am 20. April 1971. Heinrich Unruh (Präsident des Oberschulamts; o. li.), Sebastian Schönle (stellvertr. Schulleiter; o. re.), Josef Schwarz (u. li.), Rudolf Schindler (Dezernent im Oberschulamts; u. re.) (Foto: H. Willareth; Quelle: 50 Jahre, wie Anm. 19, S. 94)

zur Schülerschaft abreißen zu lassen. Sein Führungsstil war dominierend-entschieden, verbunden mit der Bereitschaft zum Gespräch, in dem er durch Argumente und seine philosophisch untermauerte Rhetorik zu überzeugen wusste. Ein Bestandteil seines Führungsstils war es, über Äußerungen und Stimmungen an „seiner“ Schule gut informiert zu sein. „Nicht nur böse Zungen, sondern auch seriöse und erfahrene Mitglieder des Lehrkörpers haben gelegentlich anklingen lassen, dass das Ohr der Schulleitung verdächtig nahe an Schülerschaft und Lehrerkollegium gewesen sei.“⁶ In einem Interview mit der Schülerzeitung „Staufer“ nannte Jendreiek drei Aufgaben, die die Schule in einer Zeit der Veränderung zu erfüllen habe: Wissensvermittlung mit dem Ziel der Weltorientierung, Erziehung zu Demokratie und demokratischen Verhaltens- und Denkweisen, schließlich Vermittlung von „Veränderungsqualitäten“, d.h. die Bereitschaft, Veränderungsmöglichkeiten zu erkennen und zu realisieren.⁷

Ein halbes Jahr nach der Amtsübernahme setzte Jendreiek mit Zustimmung des Kollegiums erste Reformmaßnahmen um: die Anrede der Schüler mit dem Vornamen statt der bisher an Jungenschulen üblichen militärisch-knappen Form des Nachnamens, dann das Bunsen-Forum und das Schwarze Brett für Schüler. Als Teil der politischen Bildungsarbeit an der Schule sollte das Forum über aktuelle Fragen informieren und eine Diskussionsmöglichkeit im Geist des demokratischen Pluralismus bieten. Die erste Veranstaltung am 18. Oktober 1971 war dem Thema „Aktuelle Fragen der Heidelberger Kommunalpolitik“ gewidmet; auf dem Podium saßen

Vertreter von SPD, CDU, FDP und – nota bene – von NPD und DKP, die alle für die Gemeinderatswahl am 24. Oktober kandidierten. Interessierte Zuhörer und lebhaftere Fragesteller waren die Oberstufenschüler, die erstmals wählen durften. Die Gruppe der linksorientierten Schüler bemühte sich, die „Rechtstendenzen“ und die „faschistoiden Züge“ des Gemeinderates zu entlarven. Die meisten kritischen Fragen und scharfen Attacken aber bezogen sich auf konkrete Probleme der Kommunalpolitik: Verkehrspolitik („Schaechterle-Plan“ von der autogerechten Stadt), Fahrpreiserhöhungen der Heidelberger Straßenbahn (HSB), Altstadtsanierung, Drogenszene, Sozialistisches Patientenkollektiv. Naturgemäß fielen die Antworten der Politiker sachlich, aber eher „beschwichtigend“ aus. Nach Meinung aller Beteiligten war die Veranstaltung ein Erfolg, der zu einer Fortsetzung ermutigte.⁸

Die Foren, die meist unter der Gesprächsleitung des Verbindungslehrers Horst Hofmann (geb. 1940) stattfanden, wurden zu einem festen Bestandteil des Schullebens: 1972 sechs Foren, von da an jährlich meist drei Foren.⁹ Eingeladen wurden u.a. Politiker aller demokratischen Parteien, OB Reinhold Zundel, Kultusminister Wilhelm Hahn, ein Bundeswehr-Offizier und ein Wehrdienstverweigerer, Vertreter der HSB, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter sowie Theater-Regisseure. Normalerweise ging die Initiative von der Direktion aus, die Wünsche der Schülerschaft nach bestimmten Themen wurden berücksichtigt. Die personelle Auswahl der Referenten aber behielt sich Jendreich vor; studentische Aktionskomitees für Chile oder Indochina, die von Schülerseite vorgeschlagen wurden, standen unter Ideologieverdacht und wurden nicht eingeladen. In diesen Veranstaltungen konnten die Schüler – ob kritisch-sachorientiert oder ideologisch festgezogen – Fragen stellen und ihre Meinung äußern. Die Gäste auf dem Podium vermittelten ihre Sicht der Dinge und beriefen sich oft auf tatsächliche oder vermeintliche Sachzwänge in den politischen Entscheidungen. Die Foren liefen generell ohne Zwischenfälle ab.

Der Konflikt um das „Schwarze Brett“

Auf Wunsch der Schüler öffnete Lehrerkonferenz und Elternvertreter im November 1971 ein weiteres „Ventil“ und beschlossen die Einrichtung eines „Schwarzen Brettes“, das den Schülern unter folgenden Bedingungen zur Verfügung stehen sollte:

„daß 1. der Inhalt der Plakate nicht gegen geltendes Recht verstößt, 2. die Plakate von demjenigen, der sie zum Aushang bringt, in Gegenwart des Hausmeisters namentlich abgezeichnet werden, 3. die Dauer des Aushangs auf eine Woche befristet ist, 4. jederzeit gewährleistet ist, daß unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen können. Bei Mißbrauch kann diese Regelung widerrufen werden.“¹⁰

Gegen die letzte Klausel gab es rasch massiven Widerstand aus der Schülerschaft. Jendreich versuchte, die Klassensprecher über die pädagogische, nicht juristische Absicht dieses Satzes aufzuklären, was ihm nicht recht gelang. In einem Flugblatt vom 16. Dezember 1971 griff die Basisgruppe Bunsen das Thema auf und warf der Schulleitung undemokratisches Verhalten und einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit vor:

„Herr Jendreich geht offensichtlich von der Existenz eines Gesetzes aus, die bloße Existenz ist für ihn Grund genug ein Gesetz zu befolgen. Wir tun das nicht. Wir fragen, wer ein bestimmtes Gesetz gemacht hat, warum es gemacht wurde und wem es nützt. [...] Wir mei-

nen, daß Gesetze, die zulassen, daß die Freiheit der Information an der Schule eingeschränkt wird, der großen Mehrheit nicht nützen, sondern schaden, wie alle undemokratischen Gesetze. [...] Auf wessen Standpunkt stellt sich also Herr Jendriek, wenn er sie befolgt, ja mehr, wenn er sie rechtfertigt? [...] Die Gesetze, die den Entzug der Informationsfreiheit für demokratische und sozialistische Gruppen zulassen, sind Gesetze zur Sicherung der Ausbeutergesellschaft. [...] Wenn Herr Jendriek diese Gesetze verteidigt und rechtfertigt, stellt er sich auf den Standpunkt des Kapitalismus gegen die demokratischen Forderungen der Schüler.“¹¹

Bemerkenswert die rein ideologische Argumentation und die Gleichsetzung von „demokratisch“ und „sozialistisch“. Das Flugblatt wurde auch von drei Bunsen-Schülern außerhalb des Schulgeländes verteilt. Am 22. Dezember 1971 beriet die Gesamtlehrerkonferenz über dieses Flugblatt und hielt in ihrer überwiegenden Mehrheit die Grenze einer tolerierbaren Meinungsfreiheit für überschritten. Die Aufforderung, Gesetze nicht mehr zu befolgen, gefährde die Verantwortung der Pädagogen für die Bildung und Erziehung ihrer Schüler. Die betroffenen zwei Schüler und eine Schülerin wurden für zwei Wochen vom Unterricht ausgeschlossen mit der Androhung des endgültigen Schulverweises, wenn sie weiterhin gegen die Schulordnung oder das Schulgesetz verstießen. Nachdem Kollegium und Schulleitung den Flugblattkrieg der Basisgruppe vor den Toren der Schule lange toleriert hatte, glaubten sie jetzt, ein Exempel statuieren zu müssen. Die Entscheidung des Kollegiums fiel nicht einstimmig aus, wie die Presseerklärung vom 18. Januar 1972 beweist, die 59 von 65 planmäßigen Lehrern unterschrieben.¹²

Die öffentliche Stellungnahme der Schule, die vom Elternbeirat unterstützt wurde, verurteilt zu Recht, dass Schüler in dem inkriminierten Flugblatt aufgerufen werden, Gesetze und Schulordnungen nicht zu befolgen. Der mittlere Teil des Textes enthält aber Anklagen und Formulierungen, aus denen die Frustration und der Ärger der Lehrerschaft über die langjährige Agitation und destruktive Arbeit der Basisgruppe sprechen: Anonymität der Flugblätter, „permanente Diffamierung der pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik und der Schule als Institution“, „eine langfristig angelegte Diffamierungsstrategie“, „systematische Verhetzung der Schüler“. Eine derartige, vielleicht aus der Situation heraus nachvollziehbare Wortwahl war keinesfalls geeignet, den Konflikt abzumildern. Die Gegenseite titulierte die zweiwöchige Suspendierung, die keine Folgen für die weitere Schullaufbahn hatte, als endgültigen „Rausschmiss“. Der AStA erklärte sich solidarisch mit den ausgesperrten Schülern und warf den 59 Lehrern „demagogische Hetze“ vor. Die Erklärung der Basisgruppe Bunsen zu dem Fall war – wie bei den Flugblättern üblich – mit Hilfe von Studenten formuliert worden und wurde vom AStA an die Presse gegeben. Die Lehrerkonferenz habe sich „mit großer Mehrheit zu ihrer Rolle als Büttel der kapitalistischen Ausbildungsreform an Schule und Hochschule gemacht.“¹³ Lokale und bundesweite Medien (Sendung „Monitor“, Wochenzeitschrift „Die Zeit“) griffen den Fall in den folgenden Monaten auf. Jendrieks Reaktion: Der „Konflikt“ sei „inszeniert“ und „agitatorisch ausgeschlachtet“ worden.¹⁴ Wie bei solchen „Skandalen“ üblich, wurden auch unvollständige oder falsche Behauptungen in die Welt gesetzt, auf die das Kollegium und die Direktion mit neuen Gegendarstellungen reagierten. Das Bild von den Windmühlenflügeln drängt sich förmlich auf. Hätte die Lehrerschaft nicht gelassener mit geeigneten pädagogischen Maßnahmen unterhalb der zweitschärfsten Schulstrafe reagieren können?

Einen bedenkenswerten Weg zeigte die Mutter der betroffenen Schülerin und PH-Dozentin Gerda Freise auf: „Warum eigentlich hat man die pädagogische Chance nicht genutzt, anhand der inkriminierten Flugblätter die [von Lehrerseite] behaupteten Tatsachen [im Gemeinschaftskunde-Unterricht] nachzuweisen, um damit die Kritikfähigkeit zu stärken?“¹⁵ Ihren vernünftigen Vorschlag kleidete Freise allerdings in eine Polemik gegen die „autoritäre Erziehung“ im Allgemeinen; die Maßnahme der Schule verglich sie mit „Einschüchterung und Angsterregung“, wie sie Diktaturen in Krisensituationen anwendeten. Darauf erfolgte eine neue weitschweifige Stellungnahme von Seiten der Schule, die unverkennbar die Handschrift von Jendreich aufwies, grundsätzliche Fragen einer Pädagogik aufwarf und das Erziehungskonzept von Freise scharf verurteilte: „Dem autoritären Konzept dieser Pädagogik entspricht die Dogmatisierung der Erziehung zum Ungehorsam und die pauschale Diffamierung jeder Anpassung.“¹⁶

Schließlich beschäftigte sich das Verwaltungsgericht Karlsruhe mit der Klage zweier betroffener Eltern und erklärte am 26. Oktober 1972 die Maßnahme der Gesamtlehrerkonferenz für rechtmäßig. In der Urteilsbegründung wog das Gericht gründlich ab, ob das Verteilen von Flugblättern außerhalb des Schulgeländes nicht vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) gedeckt sei. Im konkreten Fall aber gab das Gericht dem Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule (Art. 7 GG) den Vorrang und lehnte das im Flugblatt geäußerte Gesetzesverständnis als undemokratisch ab. „Das scheinbare Legitimitätskriterium des ‚Nutzens für das Volk‘ vermag [...] die Verbindlichkeit eines Gesetzes [...] nicht in Frage zu stellen. Der ‚Nutzen für das Volk‘ ist eine politische Leerformel, die der Ausfüllung durch jedwede konkrete Zielsetzung offensteht.“ Es folgte der Hinweis auf autoritäre und totalitäre Staaten sowie Äußerungen von NS-Juristen („Alles was dem Volke nützt, ist Recht.“) – eine Bemerkung, die die Zeitung des Neuen Roten Forums „Schulkampf“ empört als „juristischen Terror“ und „Klassenjustiz der Bourgeoisie“ anprangerte.¹⁷

Die Maßnahme des Bunsen-Gymnasiums wäre schon bald aus den Schlagzeilen verschwunden gewesen, wenn sie nicht mit dem „Fall Topp“ verknüpft worden wäre. Ulrich Topp, Assessor am Helmholtz-Gymnasium und Vorsitzender der Heidelberger GEW-Fachgruppe Gymnasien, hatte sich öffentlich mit den ausgesperrten Bunsen-Schülern solidarisiert. Nicht deswegen – so die Kultusbehörde –, sondern „weil er in verfassungswidriger Weise Widerstand propagiert“ habe, wurde ihm zum 31. Juli 1972 die außerordentliche Kündigung ausgesprochen. Hier wurde schon der berühmte „Radikalen-Erlass“ vom 28. Januar 1972 angewendet. Aber auf Topps Klage hin erklärte das Verwaltungsgericht am 2. Oktober 1972 die Kündigung für unwirksam. Auch in zweiter Instanz war das Oberschulamt unterlegen.¹⁸ Bis dahin blieb das Bunsen-Gymnasium als indirekt Beteiligter weiter in der öffentlichen Diskussion. Hatte sich der Aufwand an Zeit und Formulierungskunst wirklich gelohnt? Übrigens wurde – im Unterschied zu vielen anderen Ereignissen aus der Schulgeschichte der 1970er Jahre – der Konflikt um das Schwarze Brett in dem von Jendreich maßgeblich gestalteten Jubiläumsband von 1990 verschwiegen.¹⁹

Dass die beschriebenen Ereignisse ihre Spuren im Kollegium hinterließen und zu internen Spannungen führten, beweist der Appell, den Jendreich am Ende des Schuljahres 1971/72 an das Kollegium, vor allem an die vorherrschende konservative Mehrheit richtete:

„Die Polarisation ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen unserer Zeit. Wir können sie nicht aus der Schule ausklammern, und das heißt: wir können die Schule nicht aus der Gesellschaft ausklammern. [...] In einem Kollegium gibt es unterschiedliche Meinungen und Einstellungen. [...] Die rückwärts gewandte Sehnsucht nach einem auf eine einzige Meinung harmonisierten Kollegium setzt allzu leicht den Anspruch auf allgemeine Anpassung an die eigene Meinung zur Norm und löscht die Freiheit der anderen aus. Was uns pädagogisch gegenüber unseren Schülern aufgegeben ist, haben wir selbst miteinander zu leisten. Der andere darf anderer Meinung sein, und er darf seine Meinung äußern. [...] Es kommt nicht darauf an, sich in Resignation mit dieser Pluralität abzufinden und sie durchzustehen. Es ist unsere Aufgabe, die Spannungen der Pluralität produktiv umzusetzen. [...] Die Solidarität, die ein Kollegium braucht und von der es lebt, kann und soll keine Solidarität der gleichen Meinung als Uniformität des Denkens sein.“²⁰

Ob Jendreich diesem Idealbild in seiner Amtszeit immer treu geblieben ist, sollte dem Urteil der Zeitzeugen – Lehrern wie Schülerinnen und Schülern – überlassen bleiben.

Das Meinungsspektrum in der Schülerschaft

Dass die linksradikalen Forderungen der Studentenbewegung in der Heidelberger Schülerschaft auf Resonanz stießen, ist nicht verwunderlich. Heidelberg war keine „Provinz in Bewegung“²¹, sondern neben Berlin und Frankfurt ein Zentrum der Studentenrevolte. Die studentische Ablehnung der „Ordinarienuniversität“ ließ sich leicht auf die Schule übertragen, die eine Mitverantwortung der Schüler kaum zuließ. Viele ältere Lehrerinnen und Lehrer waren in ihrem Erziehungsverständnis und ihren Unterrichtsmethoden in den 1950er Jahren stehen geblieben, was sich erst mit dem Einstellungsschub junger Lehrkräfte zu Beginn der 1970er Jahre zu ändern begann. Der familiäre Hintergrund der Schüler in der Universitätsstadt war ein anderer als in der „Provinz“. In den hiesigen Familien wurde diskutiert – oft kontrovers. Die besondere soziale Zusammensetzung der Schülerschaft am Kurfürst-Friedrich-Gymnasium führte dazu, dass diese Schule eine Vorreiterrolle einnahm. Der dortige Konflikt im Herbst 1968 nahm seinen Ausgang in relativ bescheidenen Wünschen der Schüler, eskalierte durch die Kompromissunfähigkeit der Schulleitung sowie die Einmischung radikaler Studenten und endete für drei Schüler und eine Schülerin mit der unverhältnismäßig harten Strafe eines endgültigen Schulausschlusses.²²

In einem offenen Brief mit der Überschrift „Die Lage ist ernst“ wandten sich Bunsen-Schüler schon im August 1968 an die Öffentlichkeit und forderten längst überfällige Reformen im Bildungswesen. Sie kritisierten, dass den Wahlkampfversprechen des Kultusministers Hahn keine Taten gefolgt seien und der Minister sich wieder in seinen „Beinah-Elfenbeinturm“ zurückgezogen habe.²³ Zwei Monate zuvor hatten 37 politisch engagierte Schüler am Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze nach Bonn (11. Mai 1968) teilgenommen.²⁴ Ein Jahr später demonstrierten immerhin 70 Bunsen-Schüler während der Unterrichtszeit gegen die geplante Fahrpreiserhöhung der HSB. Während die übrigen Heidelberger Gymnasien sich mit Strafmaßnahmen zurückhielten, verhängte die Gesamtlehrerkonferenz mit 31:15:1 Stimmen eine harte Schulstrafe und schloss die beteiligten Schüler für drei Tage vom Unterricht aus. Diese harte Reaktion stieß in der Öffentlichkeit auf Unverständnis und

zwang Direktor Schwarz zu einer Erklärung. Das Heidelberger Tageblatt widmete den Ereignissen am Bunsen-Gymnasium eine ganze Seite und druckte ein Interview mit Schulleiter Schwarz ab, in dem er sich überraschend ungeschickt und dünnhäutig („Das geht die Öffentlichkeit nichts an.“) äußerte.²⁵ Der Grund dafür ist wohl in seiner wachsenden Enttäuschung zu suchen. Der Einfluss der Basisgruppe Bunsen auf die gesamte Schülerschaft blieb aber immer noch begrenzt. Am 25. November 1968 organisierte die Schülermitverwaltung (SMV) eine Umfrage unter den Schülern der Mittel- und Oberstufe über die Zusammenarbeit mit Studenten: Von 590 Schülern stimmten 107 für eine solche Zusammenarbeit, 64 enthielten sich, 419 aber sprachen sich gegen eine solche Einmischung in schulinterne Angelegenheiten aus.²⁶ Damit distanzierte sich die überwiegende Mehrheit der Schüler von den eskalierenden Vorgängen am KFG. Im folgenden Jahr wählte eine außerordentliche Schülerversammlung den Schülersprecher ab, der als unabhängiger Bewerber kandidiert hatte, sich dann aber als Anhänger des AUSS (Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler) entpuppte. Seit 1970 existierte fünf Jahre lang an der Schule keine SMV mehr;²⁷ gleichzeitig verstärkte die Basisgruppe ihren Einfluss auf die Klassensprecherversammlung (KSV). Anfang 1972 analysierte die Basisgruppe die politische Gruppenbildung in der Schülerschaft folgendermaßen: eine kleine „rechte“ Gruppierung, die sich mit den vorhandenen Zuständen zufrieden gebe; eine ebenso kleine „linke“ Gruppe, die scharfe, ideologisch formulierte Kritik übe und dafür „den stärksten Anfeindungen“ ausgesetzt sei; schließlich die zahlenmäßig stärkste „liberale“ Gruppe, die Disziplinierungsmaßnahmen gegen Schüler ablehne, aber auf „eine partnerschaftliche Zusammenarbeit“ in der Schule hoffe.²⁸ Letztere war in sich gespalten; es dauerte noch lange, bis sie sich mit ihren Vorstellungen in der Schülerschaft durchsetzen konnte.

Basisgruppe Bunsen: Flugblätter und andere Aktionen

Noch prägte die Basisgruppe mit ihren Flugblattaktionen die politische Auseinandersetzung. Die Ideologie der marxistischen Kapitalismuskritik, den ideologisch aufgeladenen Jargon und die praktische Hilfe leistete die „Sandgasse 7“, d.h. die AUSS, der SDS, das „Neue Rote Forum“ und dann der KBW. Die verbalen Angriffe richteten sich gegen den Vietnamkrieg der USA und die Ausbeutung der Dritten Welt durch die imperialistischen Staaten – dies die Themen aus der internationalen Politik. Der Bundesrepublik warf man vor, als kapitalistischer Staat die Arbeiterklasse zu unterdrücken und sozialistische (= demokratische) Kräfte zu kriminalisieren. Bestes Beispiel dafür sei der Radikalenerlass vom Januar 1972 mit seinen Berufsverboten. Mit der NS-Vergangenheit habe sich die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht wirklich auseinandergesetzt. In der Hochschule müssten der Numerus Clausus und die Ordinarien-Struktur abgeschafft werden. Die Schule wurde in den Flugblättern als Unterdrückungsinstrument des Staates gebrandmarkt, in dem sozialistische (= demokratische) Schüler massiv eingeschüchert würden. Schulleitung, Gesamtlehrerkonferenz und konservative Vertreter des Philologenverbandes wurden mit Beleidigungen und hasserfüllten Bezeichnungen angegriffen. Zu Konflikten kam es mehrfach um Wandzeitungen und Aushänge am „Schwarzen Brett“. Wenn diese auf Anweisung der Schulleitung aus formellen oder inhaltlichen Gründen entfernt wurden, war von „Zensur“ und Aufhebung der Meinungsfreiheit die Rede. Gleichzeitig pole-

misierte die Basisgruppe gegen gemäßigte Schülergruppen wie die Sozialdemokratische Gruppe Bunsen und die Junge Union, die sie pauschal als „undemokratisch“ abqualifizierte. Eine Kuriosität am Rande: Das Schulfach „Leibesübungen“ diene nur dazu, die Schüler zu „quälen“ und ihnen die Lust an der sportlichen Betätigung zu nehmen.²⁹

Aus heutiger Sicht erscheinen einige Kritikpunkte an der damaligen Politik berechtigt, manche nachvollziehbar, manche völlig überzogen und rein ideologisch begründet. Durch ihre einseitige Ausrichtung und die negative Sprache verlieren sie in der Rückschau ihre Überzeugungskraft.

Mehrfach wurde in diesen Jahren der Unterricht durch anonyme Bombendrohungen unterbrochen bzw. lahmgelegt. Angesichts des RAF-Terrorismus, der in dem Anschlag auf das Heidelberger US-Hauptquartier im Mai 1972 gipfelte, war jedes Mal ein Polizeieinsatz an der Schule die unvermeidliche Folge. Dafür machten sich Basisgruppe und Schulleitung gegenseitig verantwortlich: Die Polizeibeamten hätten die Klassenzimmer und die Schülermaterialien auf Initiative der Direktion rigoros durchsucht, um die Schüler einzuschüchtern.³⁰ Diese Anschuldigungen wies Jendriek zurück und suchte die Schuldigen in den Reihen der Basisgruppe. Es bleibt aber festzuhalten, dass es am Bunsen-Gymnasium keine gewaltsamen Räumungs- oder Polizeieinsätze gab.

Trotz der ständigen Auseinandersetzungen mit der Basisgruppe war seit dem Jahresende 1972 eine vorsichtige Rückkehr zur „Normalität“ des schulischen Lebens feststellbar. Konzerte, Sportfeste und Abiturfeiern, die vorher nicht durchgeführt werden konnten, waren wieder möglich. Ein erster Höhepunkt im Musikleben der Schule war die Produktion eines LP-Doppelalbums im Jahre 1973, dem später noch weitere folgten. Die Einführung der Koedukation und der Überdruß der Schüler an den dauernden Störungen durch den „Schulkampf“ trugen zu einer allmählichen Entspannung bei. Die Haltung der Schülermehrheit zeigte sich im Mai 1973. Gegen die von Kultusminister Hahn geplante Novellierung des Hochschulgesetzes, die die Reformen des Jahres 1969 ein Stück weit zurückdrehen und den staatlichen Einfluss stärken sollte, hatten AStA und linke Studentengruppen zu einem dreitägigen Vorlesungsboykott und einer Demonstration aufgerufen. Der Warnstreik, der nicht von allen Studenten befolgt wurde, sollte auch auf die Heidelberger Gymnasien ausgedehnt werden. „Den Kampf in die Schule und Elternhäuser zu tragen“, „Agitationsbesuche in den Schulen“ – so lauteten die gängigen Parolen.³¹ Schon bei der Demonstration war die Beteiligung mit 90 Schülern, d.h. 3% unter 3000 Demonstranten, recht gering.

Am 10. Mai 1973 drangen studentische Aktionsgruppen auf das Schulgelände des Bunsen-Gymnasiums vor und forderten die Schüler zum Unterrichtsboykott auf. Diese aber lehnten ab. Die Unterstufenschüler machten sich einen Spaß daraus, „Wasserbömbchen“ aus Plastiktüten auf die Agitatoren zu werfen.³² Eine Politik-Aktion der Linken war zu einem Happening der besonderen Art geworden. Diese „Niederlage“ versuchten drei Schüler der Klassenstufe 13, die wohl der Basisgruppe angehörten, dadurch zu kompensieren, dass sie aus Protest Wandzeitungen an die Wände klebten und sich weigerten, diese zu entfernen. Die Gesamtlehrerkonferenz ahndete diesen Verstoß gegen die Schulordnung mit einem dreitägigen Schulausschluss, ermöglichte ihnen aber ausdrücklich die Ablegung der Reifeprüfung.³³

Ein Bunsen-Forum mit KBW und ohne CDU

Nach fünf Jahren erlebte die SMV 1975 eine „Wiedergeburt“. Nach langen Verhandlungen zwischen Klassensprechern, Verbindungslehrern und Lehrerkollegium konnte die neue SMV-Satzung am 5. März 1975 vorgestellt werden. Mit 87,1% wurde sie von der Schülerschaft angenommen. Der gleichzeitig gewählte Schülersprecher war „parteilos“, seine Stellvertreter gehörten der SPD bzw. der Schüler-Union an.³⁴

Wenige Wochen später geriet das Bunsen-Gymnasium wieder in die Schlagzeilen – freilich mit einer gegenüber 1972 völlig veränderten Frontstellung. Abgesehen von der lokal- und schulgeschichtlichen Bedeutung stellte sich damals eine Frage, die heute nach dem Wiedererstarken populistischer Bewegungen wieder aktuell ist. Sollen Demokraten das Gespräch mit den Vertretern linksradikaler (damals) oder rechtspopulistischer (heute) Parteien führen oder ihnen aus Angst vor einer propagandistischen Wirkung eine öffentliche Plattform verweigern?

Am 20. April 1975 fanden Gemeinderatswahlen statt. Im Vorfeld war es den sonst heillos zerstrittenen linksradikalen Gruppierungen unter Führung des KBW gelungen, eine gemeinsame Liste mit 18 Kandidaten aufzustellen. Auf einer CDU-Wahlveranstaltung in Rohrbach erklärte der KBW-Kandidat Volker Müller, der KBW habe nur 18 Kandidaten aufgestellt, weil „die weiteren 22 und mehr nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden wollten“. Studenten hätten sich „auf unser Drängen nach Heidelberg umgemeldet“, um sich an der Kommunalwahl zu beteiligen und die Wählerzahl des KBW zu erhöhen. Als „offizieller Vertreter des KBW“ stellte Müller fest, „daß dieser den bewaffneten Umsturz der Grundordnung der BRD zum Ziel habe, weil sich bei uns die Massen nicht bewaffnet unter freiem Himmel zur Revolution versammeln könnten“.³⁵ Die ideologischen Vorgaben für die zukünftige Parlamentsarbeit formulierte der KBW wenig später:

„Wir Kommunisten können im Stadtrat nicht die Arbeitslosigkeit verhindern, wir können im Stadtrat auch nicht verhindern, daß die öffentlichen Ausgaben immer auf das Volk abgewälzt werden. Was wir aber können ist, den Bewegungen und Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes im Stadtrat ein Sprachrohr zu verleihen, die bürgerlichen Parteien und den Staat mit diesen Forderungen zu konfrontieren und die Kämpfe in den Betrieben der Stadt zu unterstützen. Dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes gegenüber den Kapitalisten und dem Staat dient die ganze Arbeit des KBW und wer den KBW wählt, unterstützt dieses Ziel.“³⁶

Offensichtlich hielt die studentisch-elitäre Kaderorganisation KBW immer noch an ihrem längst gescheiterten Ziel fest, die Arbeiterschaft in einer Aktionseinheit zu gewinnen.

Bei einer Wahlbeteiligung von 63,1% errang die CDU mit 45,53% (18 Sitze im Gemeinderat) einen großen Erfolg vor der SPD mit 32,25% (14 Sitze), FWV 10,10% (4 Sitze) und FDP 7,90% (3 Sitze). Zur Überraschung dieser Parteien und von OB Reinhold Zundel erreichte die Liste des KBW 83.418, d.h. 3,6% der Stimmen. Helga Rosenbaum (geb. 1942), Chemielaborantin und KBW-Aktivistin, war auf der KBW-Liste hinter Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt an dritter Stelle platziert. Mit 6073 Stimmen erreichte sie die höchste Stimmenzahl auf der Liste und war damit in den Gemeinderat gewählt.³⁷ Dies blieb das einzige Mandat, das der KBW jemals in der Bundesrepublik erringen konnte.

Die SMV des Bunsen-Gymnasiums hatte ein Forum mit den Vertretern aller kandidierenden Parteien – also auch des KBW – gewünscht, das vor der Wahl stattfinden sollte. Ähnlich wie 1971 wurden solche Veranstaltungen vor dem Wahltermin im Helmholtz-Gymnasium, im Ballsaal der Stadthalle (Veranstalter: Stadtjugendring) und im Comenius-Haus durchgeführt.

Das Kollegium des Bunsen-Gymnasiums entschied sich aber dafür, die Sperrfrist für solche politischen Diskussionen an Schulen einzuhalten, und setzte für das Forum mit dem Thema „Bildung, Ausbildung, Jugendförderung in Heidelberg“ den 5. Mai 1975 fest – zwei Wochen nach der Wahl, aber noch vor der Konstituierung des neuen Gemeinderates. Vielleicht hatte dabei die Absicht mitgespielt, auf diese Weise einen Auftritt des KBW in der Schule zu vermeiden – eine Hoffnung, die sich durch das überraschende Wahlergebnis zerschlagen hatte. Jetzt waren je ein(e) Vertreter(in) von CDU, SPD, FWV, FDP und eben auch KBW eingeladen. Hinter den Kulissen versuchte das Oberschulamt unter Präsident Dr. Heinrich Unruh, die Teilnahme von Helga Rosenbaum zu verhindern. Schulleiter Jendreich aber beharrte darauf, dass es demokratischen Spielregeln entspreche, eine durch Volkswahl legitimierte Stadträtin sprechen zu lassen, auch wenn sie einer demokratiefeindlichen, aber nicht verbotenen Partei angehöre. Unter der Moderation von Verbindungslehrer Horst Hofmann und Schülersprecher Thomas Körner nahmen auf dem Podium Platz: Ruth Zutt (SPD), Hannah Walz (FDP), Werner Poppen (FWV) und Helga Rosenbaum (KBW). Der Stuhl für die CDU blieb leer. Warum? Die CDU-Fraktion hatte mit Günther Gehring einen Mann geschickt, der als Stadtrat und Jurist im Oberschulamt eine Doppelfunktion innehatte, die an seiner Unbefangenheit zweifeln ließ.



Bunsen-Forum am 5. Mai 1975. Auf dem Podium von links: Helga Rosenbaum (KBW), Hannah Walz (FDP), Thomas Körner (Schülersprecher), Horst Hofmann (Verbindungslehrer), Ruth Zutt (SPD), Werner Poppen (FWV). (Foto: H. Willareth; Quelle: 50 Jahre, wie Anm. 19, S. 117)

Er erschien kurz vor Veranstaltungsbeginn und verlangte ultimativ den Ausschluss der KBW-Vertreterin. Als weder die Schulleitung noch seine Gemeinderatskollegen dieser Forderung zustimmten, verließ er das Schulgebäude. Bevor das Forum überhaupt begonnen hatte, bot dieser Abgang den Schülern ein abschreckendes Beispiel für undemokratisches Verhalten. Im Übrigen verlief das Forum in relativ ruhiger Atmosphäre.³⁸

Dies alles wäre eine marginale Episode in der Schulgeschichte geblieben, wenn nicht Dietrich Klein, Gehrigs CDU-Stadtratskollege und als Rektor einer Hauptschule ebenfalls im Schulbereich beschäftigt, in einem Leserbrief einen heftigen Angriff gegen die Schulleitung des Bunsen-Gymnasiums geführt hätte. Er warf Jendriek vor, „dem KBW eine Plattform [geboten zu haben], die er bis jetzt noch nicht hatte“. Die Schulleitung habe „eine politische Gruppe, die den bewaffneten Umsturz der Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland auf ihre Fahnen geschrieben hat, zu einem demokratischen Forum“ in ein städtisches Gebäude eingeladen. Zur gleichen Zeit würden Lehrer, die sich offen zum KBW bekennen, nicht in den Schuldienst übernommen. Schließlich verstieg sich Klein zu der Behauptung, „daß im Bunsen-Gymnasium das Gespenst der Volksfront zumindest rein optisch für kurze Zeit erkennbar wurde“.³⁹ Tatsächlich hatten die Stadträtinnen von SPD und KBW gemeinsam auf dem Podium gesessen! Aus heutiger Sicht unverständlich, dass Klein ausgerechnet den Ausschluss politisch missliebiger Lehrer als Argument anführte, an dem Gehrig als Jurist im Oberschulamt mitwirkte.

Mit der Resonanz auf diese Attacke hatte die Heidelberger CDU sicherlich nicht gerechnet. Anders als 1971, als das Bunsen-Gymnasium im Zentrum öffentlicher Kritik stand, erlebte es jetzt von allen Seiten eine ungeahnte Solidarität. Übereinstimmend stellten sich die Stadträte Werner Poppen (FWV), Ruth Zutt (SPD) und Eberhard Bucke (FWV) hinter Jendrieks Entscheidung. Auch die Nachwuchsorganisationen der CDU, die Schüler-Union („Mit dem KBW auseinandersetzen“) und die Junge Union („Übertriebene Nibelungentreue“) kritisierten Gehrig und Klein öffentlich.⁴⁰ Die Verfasser der Leserbriefe führten folgende Argumente an:

- Der KBW ist ohne Zweifel eine verfassungsfeindliche Partei, aber bisher nicht verboten worden.
- In einer gesetzes- und verfassungskonformen Wahl hat der KBW einen Sitz im Gemeinderat gewonnen; deshalb ist der Wahlausgang zu respektieren.
- Zu diesem Ergebnis haben die 37% der Wahlberechtigten beigetragen, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben.
- Vor vier Jahren hatten NPD und DKP unmittelbar vor der Wahl an einem Bunsen-Forum teilgenommen, ohne dass die CDU dagegen protestiert hätte.
- Unmittelbar vor der jetzigen Wahl waren Vertreter der CDU in städtischen Räumen an Diskussionen beteiligt, an denen auch KBW-Vertreter teilnahmen.
- Der Bildungsauftrag der Schule gebietet es, im Sinne des Pluralismus verschiedene politische Meinungen zu Wort kommen zu lassen.
- Die Schüler brauchen Diskussions- und Argumentationshilfen, um der täglichen Agitation vor den Toren der Schule begegnen zu können.

- Gehring hat durch seine Absage die Chance verpasst, seine Position und die der CDU darzulegen.
- Durch sein engstirniges Verhalten hat er der Taktik des KBW, die herrschende Politik als undemokratisch zu „entlarven“, Vorschub geleistet.

Mit ähnlichen Argumenten wehrte sich das Bunsen-Kollegium gegen die Attacke von Klein; die Stellungnahme wurde am 16. Mai 1975 in einer Personalversammlung einstimmig beschlossen. Ob sich alle Kollegen, die die Ausschluss-Entscheidung von 1971 mitgetragen hatten, an dieser Abstimmung beteiligten oder wie weit sie nur den Vorgaben des Schulleiters folgten, lässt sich nicht feststellen.

„Verfassung und geltendes Recht [sind] höhere demokratische Güter [...] als das subjektive Empfinden und Meinungen einzelner Parteivertreter. In einer Demokratie ist der Wählerwille Souverän.“ In dem schwierigen Umfeld, das Klein und Gehring anscheinend unbekannt sei, nehme das Bunsen-Gymnasium seit Jahren den demokratischen Bildungsauftrag der Schule ernst. „Wir warnen davor, an den Heidelberger Gymnasien kurzfristig einen politischen Scherbenhaufen anzurichten, mit dessen Bewältigung allein Lehrer, Eltern und Schüler langfristig und zeitraubend beschäftigt wären.“ Die Resolution endet mit einer für Schulverhältnisse bemerkenswerten Solidaritätsbekundung für den Schulleiter, der vor dem Vorwurf der CDU („demokratische Unzuverlässigkeit“) in Schutz genommen wird.⁴¹

Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Gemeinderates am 22. Mai 1975 verlief chaotisch – ganz anders als in der sonst üblichen feierlichen Routine. Helga Rosenbaum verweigerte die Verpflichtung auf ihr Mandat und versuchte stattdessen, eine Erklärung zur geplanten Fahrpreiserhöhung der HSB zu verlesen. Unterstützt wurde sie dabei von KBW-Mitgliedern wie Jochen Noth, die als Zuschauer anwesend waren. Schließlich schloss OB Zundel Rosenbaum wegen ungebührlichen Verhaltens von der Sitzung aus.⁴²

Nach dieser Erfahrung glaubte Gehring in einer eigenen Stellungnahme aufzutrupfen zu können: Er bekräftigte „die Meinung, daß gerade der demokratische Bildungsauftrag einer Schule [...] es nicht zulassen darf, daß Verfassungsfeinde in der Schule zu Wort kommen.“ Der Pluralismus in einem Forum habe seine Grenzen an der „Verfassungskonformität“. „In einer Demokratie gibt es neben dem Wählerwillen als Souverän [...] auch noch Verfassung und Gesetze. Beide zwingen geradezu jeden, der es ernst mit unserem Staat meint, alles zu tun, damit der KBW nicht eines Tages selbst Verfassung und Gesetze bestimmt.“⁴³

Auf die Forderung, dass die Verfassungsfeindlichkeit zu einem Verbot des KBW führen solle, ging Gehring nicht ein.

Die Fronten waren geklärt, die Meinungen ausgetauscht, der Konflikt publizistisch ausgereizt. Die Schule und die ihre Position unterstützenden Kräfte gehen von einem pluralistischen Demokratieverständnis aus, in dem die Meinungsfreiheit und der politische Bildungsauftrag der Schule einen hohen Stellenwert haben. Mit derartigen Veranstaltungen könne man die Mehrheit der Schüler für sich gewinnen und die Agitatoren weiter isolieren. Gehring argumentiert juristisch-etatistisch. Verfassung und Gesetze stehen über dem Wählerwillen. Die politische Auseinandersetzung mit Verfassungsfeinden dürfe nicht im Rahmen der Schule ausgetragen werden.

Entgegen den düsteren Ahnungen von Günther Gehring übernahm der KBW weder im Bunsen-Gymnasium noch in Heidelberg die Macht. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verlor er hier jeden Einfluss, insbesondere als die Zentrale der Kader-

organisation mit dem ehemaligen Heidelberger Studenten Joscha Schmierer als ZK-Sekretär im Mai 1977 nach Frankfurt verlegt wurde. Das Schulleben am Bunsen-Gymnasium normalisierte sich weiter. Neben vielfältigen kulturellen und sportlichen Veranstaltungen führte die Schule im September 1976 das erste der legendären Schulfeste mit Erfolg und in harmonischer Atmosphäre durch. War das von Josef Schwarz schmerzlich vermisste Gemeinschaftsgefühl der Schule ein Stück weit zurückgekehrt? Eine Oberstufenreform, wie sie sich Schwarz gewünscht hatte, wurde von der Kultusministerkonferenz in der Rahmenvereinbarung vom 7. Juli 1972 beschlossen; in Baden-Württemberg freilich dauerte es bis zum Schuljahr 1978/79, bis sie flächendeckend an allen Gymnasien des Landes umgesetzt wurde.

Stadtrat Gehring hatte sich durch sein Verhalten innerhalb der CDU isoliert und trat auf dem Kreisparteitag am 18. Juni 1975 nicht mehr als 2. stellvertretender Kreisvorsitzender an. Die Delegierten forderten von der Landesregierung ein Verbot des KBW, sprachen sich aber gleichzeitig – wie der Kreisvorsitzende Karl Weber – dafür aus, solange der KBW nicht verboten sei, die „Auseinandersetzung mit Radikalen bei neutralen Veranstaltungen insbesondere vor Schülern“ zu führen und sich nicht „ins politische Abseits zu manövrieren“.⁴⁴

Helga Rosenbaum verspielte durch ihre übertriebene „revolutionäre“ Agitation die Chance, im Gemeinderat konstruktive Oppositions- und Reformarbeit zu leisten. Ende 1975 war sie an vorderster Front an den gewaltsamen Protesten und Blockaden gegen die geplante Fahrpreiserhöhung der HSB beteiligt. Ihr Verhalten, das genau den Direktiven des KBW entsprach, führte mehrfach zum Ausschluss aus Gemeinderatssitzungen, zu einer strafrechtlichen Verurteilung und schließlich 1977 zum endgültigen Ausschluss aus dem Gemeinderat, nachdem ihr „wegen gröblicher und besonders schwerer Verstöße gegen die Pflichten eines Gemeinderates“ die Bürgerrechte auf vier Jahre aberkannt worden waren⁴⁵ – ein ziemlich einmaliger Vorgang in der Demokratie-Geschichte Heidelbergs.

Schluss

Ferne Zeiten in der Heidelberger Schul- und Lokalgeschichte waren Gegenstand dieser Untersuchung. Damals durchlebte das Bunsen-Gymnasium eine schwierige Zeit; dies gilt gleichermaßen für die Mehrzahl der Schüler, die Lehrkräfte und die Schulleitung. Die Agitation der Basisgruppe und der von außen ausgeübte Druck erschwerten die normale Unterrichtsarbeit und ließen außerunterrichtliche Aktivitäten kaum zu. Das von der Direktion geförderte Engagement der Kollegen und der Wunsch der meisten Schüler nach „Normalität“ ermöglichten nach 1973 in zunehmendem Maße wieder kulturelle, sportliche und festliche Veranstaltungen. Der Blick zurück berührte aber auch zwei überraschend aktuelle Fragestellungen: Soll man das öffentliche Gespräch mit Extremisten führen und ihnen eine Plattform zur Selbstdarstellung bieten? Haben wir Verständnis für Schüler, die sich einem Schulstreik zugunsten gravierender Probleme anschließen? Diese Überlegungen muss man gerade heute zulassen.

Anmerkungen

- 1 Josef Schwarz: Übergänge. Reflexionen am Ende der Amtszeit 1970, in: 1971–1973 Bunsen-Gymnasium Heidelberg, Heidelberg 1973, S. 7–10, Zit. S. 7 (Jahrbuch 1971–1973).
- 2 Gespräch mit Landtagskandidaten, in: Heidelberger Tageblatt (HT) 1.4.1968, S. 13. Presseartikel und Flugblätter konnten dankenswerterweise im Stadtarchiv Heidelberg (StAH), im Archiv des Bunsen-Gymnasiums Heidelberg und in der Privatsammlung von Jochen Reder eingesehen werden. Für mündliche Auskünfte dankt der Verfasser Horst Hofmann, Jochen Reder und Matthias Wermke.
- 3 Vgl. dazu Thorsten Gass-Bolm: Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland (Moderne Zeit. Bd. VII), Göttingen 2005, S. 175ff.
- 4 Gerhard Friedrich: Rückblick, in: Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 10–14, Zit. S. 14.
- 5 Kein Zurück zur Schule von gestern, in: Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) 21.4.1971, S. 5.
- 6 So die Erinnerung des ehemaligen Bunsen-Schülers Matthias Wermke am 13.5.2019.
- 7 Gespräch über Schule, in: Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 66–71, hier S. 69f.
- 8 Gemeinderatskandidaten auf der Schulbank, in: RNZ 19.10.1971, S. 6, abgedr. in: Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 41f.
- 9 Aufstellung und ausgewählte Presseberichte in: Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 39–45 und in: Bunsen-Gymnasium 1973–1975, Heidelberg 1975 (Jahrbuch 1973–1975), S. 65–69.
- 10 Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 86.
- 11 Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 87. Ebd. S. 86–101 die Darstellung des folgenden Konflikts aus der Sicht der Schule (Redaktionsteam F./J./K./S.) unter dem Titel „Die Bunsen-Brett-Ballade“. Vgl. HT 11.1.1972.
- 12 Systematische Verhetzung der Schüler, in: RNZ 18.1.1972, S. 5, abgedr. in: Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 90. Protokolle der Gesamtlehrerkonferenzen waren im Archiv des Bunsen-Gymnasiums nicht auffindbar.
- 13 Eltern stehen zu „Bunsen“-Lehrern, in: RNZ 20.1.1972, S. 3 mit der Stellungnahme von ASTA und Basisgruppe Bunsen.
- 14 Bunsen-Brett-Ballade (wie Anm. 11), S. 86.
- 15 Gerda Freise: „...selten sind es die Lehrer, die notwendige Veränderungen erzwingen“, in: HT 28.1.1972, S. 16, abgedr. in: Bunsen-Brett-Ballade (wie Anm. 11), S. 97–99, Zit. S. 98.
- 16 Kollegium des Bunsen-Gymnasiums erwidert Prof. Freise, in: HT 5./6.2.1972, S. 18 (in Auszügen), abgedr. in: Bunsen-Brett-Ballade (wie Anm. 11), S. 99f., Zit. S. 100.
- 17 Urteilsbegründung vom 26.10.1972 und Reaktion in: Schulkampf Nr. 6/7 vom Nov./Dez. 1972, abgedr. in: Bunsen-Brett-Ballade (wie Anm. 11), S. 94–96. Urteil auszugsweise in: RNZ 18./19.11.1972, S. 5 („Ein Zeichen ungehemmter Demagogie“).
- 18 In verfassungswidriger Weise Widerstand propagiert, in: RNZ 10.7.1972, S. 6. Hat Ulrich Topp Gewalt gepredigt? In: RNZ 27.9.1972, S. 3. Oberschulamit im „Fall Topp“ unterlegen, in: RNZ 3.10.1972, S. 3. Politische Entlassung am Helmholtz-Gymnasium, in: Schulkampf Nr. 3 vom Juli 1972, S. 1ff. Vgl. Horst Bethge, Erich Roßmann (Hgg.): Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands, Köln 1973, S. 269f.
- 19 50 Jahre Bunsen-Gymnasium 1940–1990. Ein Bunsen-Bilder-Buch mit Textanhang „Happy Birthday, Bunsen!“, Heidelberg 1990, S. 367–373.
- 20 Helmut Jendriek: Schlußrede zum Schuljahr 1971/72, in: Jahrbuch 1971–1973 (wie Anm. 1), S. 50f. Zeitpunkt und Ort der Rede sind nicht genannt.
- 21 Katja Nagel: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973 (Buchreihe der Stadt Heidelberg. Bd. XIII), Heidelberg u.a. 2009. Nagel thematisiert die Wirkungen auf die Schülerschaft nicht. Dietrich Hildebrandt: „... und die Studenten freuten sich!“ Studentenbewegung in Heidelberg 1967–1973, Heidelberg 1991 erwähnt die Schüleraktivitäten auf S. 106f. (KFG 1968) und S. 197f. (Schülerstreik gegen den Numerus Clausus 1970).
- 22 Vgl. Roland Schäffer: Schulverweis. Das Jahr 1968 am Kurfürst-Friedrich-Gymnasium, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt. Jg. 23, 2019, S. 153–171.
- 23 Bunsen-Primaner: „Die Lage ist ernst“, in: RNZ 20./21.7.1968, S. 4.

- 24 Flugblätter zur Begründung eines Primaner-Streiks, in: RNZ 14.5.1968, S. 5.
- 25 RNZ und HT 23.–26.6.1969, insbes. HT 24.6.1972, S. 9 (Zit.) und RNZ 26.6.1972, S. 5.
- 26 Mitteilung der SMV, November 1968 (StAH Drucksachen, Flugblätter 1968).
- 27 Horst Hofmann: Untergang und Wiedergeburt einer SMV, in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 47–51.
- 28 Aus der KSV vom Dienstag lernen! Flugblatt der Basisgruppe Bunsen 3.2.1972 (StAH Drucksachen, Flugblätter 1972).
- 29 Flugblätter im StAH (Drucksachen, Flugblätter), im Archiv des Bunsen-Gymnasiums (zwei Ordner „Flugblätter“) und in der Sammlung Reder. Wenige Auszüge in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 101–104.
- 30 Flugblatt der Basisgruppe Bunsen 11.3.1972 (StAH Drucksachen, Flugblätter 1972).
- 31 Jetzt Mitläufer von der Schulbank, in: RNZ 10.5.1973, S. 3.
- 32 Agitatoren fanden bei den Schülern wenig Resonanz, in: RNZ 11.5.1973, S. 3; Politik im Schulhof wurde verhindert, in: HT 11.5.1973, S. 17.
- 33 „Bewußt Bestimmungen verletzt“, in: RNZ 7.6.1973, S. 5.
- 34 SMV am Bunsen-Gymnasium; Hofmann: Untergang, in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 47–51.
- 35 KBW für den bewaffneten Umsturz, in: RNZ 22./23.3.1975, S. 4.
- 36 Wahlveranstaltung des KBW in Heidelberg, in: Kommunistische Volkszeitung Nr. 12 vom 26.3.1975, S. 9; zit. in: http://de-wikipedia.org/wiki/helga_rosenbaum (30.12.2018).
- 37 Wahlergebnisse in: RNZ 25.4.1975, S. 3f.
- 38 Dokumentation unter dem Titel „Democracy is difficult“, in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 94–104.
- 39 Dietrich Klein: Überraschung beim Bunsen-Forum, in: RNZ 10./11.5.1975, S. 4; abgedr. in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 96.
- 40 RNZ 12.–15.5.1975, jeweils S. 4; abgedr. in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 96–100.
- 41 Ein demokratischer Bildungsauftrag, in: RNZ 17./18.5.1975, S. 6; abgedr. in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 100f.
- 42 Tumulte bei Verpflichtung im Rathaus, in: RNZ 23.5.1975, S. 3.
- 43 CDU-Stadtrat Gehring fühlt sich bestätigt, in: RNZ 26.5.1975, S. 4; abgedr. in: Jahrbuch 1973–1975 (wie Anm. 9), S. 101f.
- 44 CDU Heidelberg setzt 1976 auf weitere Wahlerfolge, in: RNZ 30.6.1975, S. 3.
- 45 Einleitung des Verfahrens am 2.9.1976, in: Heidelberger Amtsanzeiger. Jg. 31, 1976, Nr. 37, S. 1f. Vgl. Der KBW im Gemeinderat Heidelberg (MS im StAH) und Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Frankfurt, New York 2005, S. 240.